

ENTWICKLUNGEN IM AUFSICHTSRECHT – NEUE AUSKUNFTSRECHTE DER RAB GEGENÜBER REVISIONSSTELLEN BEI EINGESCHRÄNKTER REVISION?

Verfasser: Rico A. Camponovo

Vor kurzem hat die Revisionsaufsichtsbehörde RAB bei eingeschränkt prüfenden Revisoren begonnen, Auskünfte und Unterlagen aus der Prüfungsdurchführung einzuverlangen. Es bestehen berechtigte Zweifel an der Gesetzeskonformität dieser neue Praxis.

Sachverhalt

Mehrere Revisionsstellen haben überraschende Post von der RAB erhalten. Sie wurden aufgefordert, der RAB Prüfungsnotizen von bestimmten - eingeschränkt revidierten - Mandaten einzureichen. Dabei verlangte die RAB Revisionsunterlagen und Stellungnahmen z.B. zur

- Überschuldung und zu den von der Revisionsstelle getroffenen Massnahmen
- Anzeigepflicht gemäss Artikel 728c OR und weshalb die Revisionsstelle die Anzeige unterlassen habe
- Weshalb bestimmte Bilanzpositionen anders als im Vorjahr eingeschätzt wurden

Die RAB begründete ihr Recht zur Einverlangung dieser Unterlagen mit einem Verweis auf die Verpflichtung, unverzüglich jede Tatsache mitzuteilen, die für die Beurteilung der Zulassungsvoraussetzungen von Belang ist.

Auslöser der Schreiben waren Denunzianten, z.B. unzufriedene Minderheitsaktionäre, welche behaupten, die Revisionsstelle unterstütze in unzulässiger Weise den Mehrheitsaktionär.

Auskunftsrechte der RAB

Die Auskunftsrechte der RAB werden im Gesetz in Art. 15a Abs. 1 RAG bzw. Art. 13 Abs. 1 RAV geregelt (vgl. Kästchen, Fettdruck durch den Verfasser). Diese Rechte der RAB sind auf Informationen beschränkt, welche diese für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt.

Die Aufgaben der RAB bei der Eingeschränkten Revision beschränken sich gemäss Art. 5 RAG (vgl. Kästchen, Fettdruck durch den Verfasser) auf die Beurteilung der Voraussetzungen für die Zulassung und damit auf die Prüfung von Leumund, Ausbildung und Fachpraxis.

Eine Einreichung von Prüfungsnotizen und Stellungnahmen der Revisionsstelle zu einzelnen Bilanzpositionen und getroffenen Massnahmen bei Überschuldung zwecks Beurteilung durch die RAB sind in diesen Gesetzesartikeln nicht vorgesehen. Die Rechtsgrundlage für diese neue Praxis der RAB ist daher zumindest unklar.

File Review der RAB bei staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen

Allerdings überträgt das Gesetz in Art. 16 RAG (vgl. Kästchen, Fettdruck durch den Verfasser) der RAB die Aufgabe, die Einhaltung der rechtlichen Pflichten, der Berufsstandards, der Qualitätssicherung sowie der Berufsgrundsätze durch die Revisionsstelle zu prüfen. In der Praxis wird diese Aufgabe der RAB als „File Review“ bezeichnet.

Das Gesetz beschränkt diese Aufgabe der RAB aber klar auf staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen. In allen eingangs erwähnten Fällen waren jedoch die betroffenen Revisionsstellen nicht staatlich beaufsichtigte Revisionsunternehmen

Ausdehnung der Aufsicht der RAB auf Revisionsunternehmen mit Ordentlicher Revision?

Bereits im Jahre 2012 versuchte die RAB erfolglos auf dem Gesetzesweg, eine Ausdehnung dieser Aufsicht bei staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen auf alle Revisionsunternehmen mit Ordentlicher Revision durchzusetzen. Dies wurde jedoch von den Branchenverbänden mit Nachdruck abgelehnt, weil für diesen massiven staatlichen Eingriff eine Rechtfertigung fehlt und weil seit Einführung des RAG keine Fälle von Prüfungsversagen aufgetreten sind, die eine derartige Verschärfung des Aufsichtsrechts begründen könnten. Zudem wurde diese neue Regelung wegen ihren negative Folgen für Revisionsunternehmen und ihre Kunden abgelehnt, weil dies zu erheblichem Mehraufwand führen würde

und die Gefahr bestünde, dass insbesondere kleinere und mittlere Revisionsunternehmen dadurch zum Verzicht auf das Anbieten von Dienstleistungen im Bereich der ordentlichen Revision veranlasst würden.

Einführung der File Review der RAB auf dem Umweg über die Leumundsprüfung?

Die RAB versucht offenbar nun, sich diese Kompetenzen trotzdem über den Umweg der „Überprüfung des Leumunds“ anzueignen. Sie hat diesen Umweg ab 2009 bereits bei der Überprüfung der Einhaltung der Unabhängigkeit mit Erfolg benutzt, und vermochte - von den Verbänden unbemerkt – auf diese Weise ihren Einfluss auf alle Revisionsunternehmen erheblich auszuweiten. Die Prüfung des guten Leumunds wurde so zum Einfallstor für die extensiven staatlichen Eingriffe, welche Sie kennen und gegen welche viele Revisionsstellen und v.a. TREUHAND|SUISSE heute mühsam ankämpfen. Diese Entwicklung sollte kein zweites Mal ermöglicht werden.

Verletzung Revisionsgeheimnis – Vorsicht bei Informationen an die RAB - Gerichtliche Klärung abwarten

Die Rechtsgrundlage der RAB für diese Interpretationen der „Leumundsprüfung“ ist zweifelhaft. Bis zur gerichtlichen Klärung der Zulässigkeit dieser neuen „Leumundsprüfung“ durch File Reviews ist Zurückhaltung bei der Auskunftserteilung an die RAB zu empfehlen.

Solche Auskünfte über Revisionskunden bedeuten zudem eine Gefahr der Verletzung des Revisionsgeheimnisses (Art. 730b OR, vgl. Kästchen), weil das Auskunftsrecht der RAB gemäss Art. 15a Abs. 1 RAG auf Auskünfte beschränkt ist, „die diese für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt“.

Fazit

Die RAB verlangt neu bei Revisionsstellen Prüfungsnotizen und Stellungnahmen zu eingeschränkt revidierten Mandaten zwecks File Review ein und stützt sich dafür auf die Prüfung des Leumunds ab. Die Rechtsgrundlage der RAB für diese Interpretationen der „Leumundsprüfung“ ist zweifelhaft. Bis zur gerichtlichen Klärung der Zulässigkeit ist Zurückhaltung bei der Auskunftserteilung an die RAB zu empfehlen. Solche Auskünfte über Revisionskunden bedeuten zudem eine Gefahr der Verletzung des Revisionsgeheimnisses.

Wir werden diese neue Praxis im Weiterbildungsseminar „Aktuelle Rechtsfragen der KMU Revisionsstelle“ besprechen.

Art. 15a Abs. 1 RAG Auskunfts- und Meldepflicht

1 Folgende Personen und Unternehmen müssen der Aufsichtsbehörde alle Auskünfte erteilen und Unterlagen herausgeben, die diese **für die Erfüllung ihrer Aufgaben** benötigt:

- a. die zugelassenen natürlichen Personen und Revisionsunternehmen;
- b. die natürlichen Personen, die Mitglied im obersten Leitungs- und Verwaltungsorgan oder im Geschäftsführungsorgan eines Revisionsunternehmens sind und nicht über eine Zulassung der Aufsichtsbehörde verfügen;
- c. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Revisionsunternehmens und alle Personen, die von diesem für Revisionsdienstleistungen beigezogen werden;
- d. die geprüften Gesellschaften;
- e. alle Gesellschaften, die mit der geprüften Gesellschaft einen Konzern bilden und deren Jahresrechnungen konsolidiert werden müssen, sowie deren Revisionsstellen.

Art. 13 RAV Meldepflicht (bis 31.12.14)

1 Personen und Unternehmen sind ab Gesuchstellung verpflichtet, der Aufsichtsbehörde unverzüglich jede Tatsache mitzuteilen, die für die Beurteilung der Zulassungsvoraussetzungen von Belang ist.

2 Revisionsunternehmen, die einer anerkannten ausländischen Aufsichtsbehörde unterstehen, müssen der schweizerischen Aufsichtsbehörde unverzüglich den befristeten oder unbefristeten Entzug ihrer ausländischen Zulassung melden.

Art. 16 Überprüfung staatlich beaufsichtigter Revisionsunternehmen

1 Die Aufsichtsbehörde unterzieht die staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen mindestens alle drei Jahre einer eingehenden Überprüfung.

...

2 Sie überprüft:

- a. die Richtigkeit der Angaben in den Zulassungsunterlagen;
- b. die **Einhaltung der rechtlichen Pflichten, der von ihr anerkannten Standards zur Prüfung und Qualitätssicherung sowie der Berufsgrundsätze, Standesregeln und gegebenenfalls des Kotierungsreglements;**
- c. die Qualität der erbrachten Revisionsdienstleistungen durch einzelne Stichproben;

Art. 730b 3. Auskunft und Geheimhaltung

2 Die Revisionsstelle wahrt das Geheimnis über ihre Feststellungen, soweit sie nicht von Gesetzes wegen zur Bekanntgabe verpflichtet ist. Sie wahrt bei der Berichterstattung, bei der Erstattung von Anzeigen und bei der Auskunftserteilung an die Generalversammlung die Geschäftsgeheimnisse der Gesellschaft.

Art. 5 Voraussetzungen für Revisorinnen und Revisoren (wie Art. 4 für Revisionsexperten)

1 Eine natürliche Person wird als Revisorin oder Revisor zugelassen, wenn sie:

- a. über einen **unbescholtenen Leumund** verfügt;
- b. eine Ausbildung nach Artikel 4 Absatz 2 abgeschlossen hat;
- c. eine Fachpraxis von einem Jahr nachweist.